

Demokratische Kirche?

Die Auseinandersetzung der Kirche mit der modernen Demokratie hat sich in den letzten Jahren zunehmend ins Innere der Kirche verlagert. Nicht mehr die Beziehungen von Kirche und demokratischem Staat, sondern die Neuordnung der kirchlichen Strukturen, die „Demokratisierung“ der Kirche steht im Vordergrund.

Die Worte „Demokratie“ und „Demokratisierung“ sind heute in aller Mund. Sie dienen gleichsam als Universallegitimation für alle Ansprüche auf Veränderung von Staat, Gesellschaft und Kirche. Oft wird der Ruf nach Demokratisierung mit glaubenskämpferischem Pathos vorgetragen. Wer an der Alleingültigkeit des Demokratisierungsprinzips Zweifel anmeldet, wird als „reaktionär“ denunziert, gilt als Gegner von Freiheit und Menschenwürde überhaupt. Kein Wunder, daß ein ideologisch und emotional aufgeladener Begriff auch eine umgekehrte Reizwirkung ausübt und zur Meinung führen kann, Demokratie sei mit dem Wesen der Kirche nicht vereinbar.

Fragt man kritisch nach dem Inhalt des Worts „Demokratie“, entdeckt man, daß weithin mit ungeklärten Begriffen gearbeitet wird. „Demokratie“ kann so vieles bedeuten, daß sich das Wort mit beliebigen Inhalten füllen läßt. Es sollte schon zu denken geben, daß „Demokratie“ auch von solchen Staaten in Anspruch genommen wird, die alles andere als freiheitliche Rechtsstaaten sind. Die Gegner einer „Demokratisierung“ der Kirche übersehen, daß das Prinzip der absoluten Volkssouveränität nicht *das* Wesensprinzip der modernen Demokratien ist. Die Grundrechte zum Beispiel sind nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik dem Volkswillen entzogen; über sie kann nicht abgestimmt werden.

In dieser Situation können die vom politischen Beirat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken erarbeiteten „Thesen gegen den Mißbrauch der Demokratie“ zur Klärung der Begriffe beitragen. Bei berechtigter Kritik im einzelnen muß die zentrale These unterstützt werden: Demokratie ist keine Botschaft der Befreiung und Erlösung des Menschen, kein Allheilmittel für sämtliche Übel der Zeit. Sie bietet vielmehr ein Instrumentarium für die Funktionsfähigkeit eines Gemeinwesens. Seiner Herkunft nach ist Demokratie ein Begriff der politischen Herrschaftslehre. Der Begriff Demokratie definiert eine bestimmte politische Herrschaftsform und hat als Voraussetzung die Gleichheit der freien Bürger in ihren politischen Rechten. Schon aus diesem Grund gilt er zunächst für die Ämterordnung im Staat, nicht ohne weiteres auch für die Bereiche des menschlichen Zusammenlebens, die von ihrem Sinn und Ziel her Ungleiche umfassen. Wollte man das Prinzip der Demokratie unterschiedslos und ohne Rücksicht auf die Besonderheit der einzelnen Gruppen anwenden, wäre das jener „Gleichschaltung“ ähnlich, die für das „Führerprinzip“ universale Geltung beanspruchte. Die Kirche würde dann unter dem Vorzeichen der „Demokratie“ demselben Fehler verfallen, den wir heute mit Recht denen vorwerfen, die das Prinzip der Monarchie als der Kirche allein wesensgemäß erklärten.

Das heißt nicht, daß sich die nicht-politischen Gruppen dem Anspruch der Grundwerte der Demokratie entziehen könnten. Worum es geht, ist eine Versachlichung der Diskussion. Demokratische Verfahrens- und Verhaltensweisen haben in Gesellschaft und Kirche durchaus ihren Ort. Man sollte aber nicht blindlings „demokratisieren“, nicht allem und jedem dasselbe abstrakte Modell überstülpen, sondern jeweils abwägen, was im einzelnen Fall sinnvoll, nützlich oder notwendig ist.

Die Kirche hat im Lauf ihrer Geschichte stets Lebensformen ihrer Umwelt übernommen. Sie konnte gar nicht anders, wollte sie nicht zur Sekte werden. Da sie von ihrem Wesen her auch ein sichtbares, soziales Gebilde ist und ein institutionelles Moment in sich trägt, wirken die Grundordnungen der Gesellschaft notwendig in sie hinein. Sie kann sich nicht abseits stellen, hat es auch nie getan. Sie würde ihrer eigenen Geschichte untreu, wollte sie heute Formen und Verfahrensweisen beibehalten, die sie in einer bestimmten Epoche ausgebildet hat, die aber der sozialen Wirklichkeit des heutigen Menschen nicht mehr entsprechen und deswegen ihr Wirken hemmen.

Was heute not tut, ist eine Aneignung wesentlicher Elemente des modernen Rechts- und Verfassungsstaats – nicht, weil die Kirche von ihrem Wesen her demokratische Kirche sein müßte, sondern weil sie in der heutigen Zeit ohne die Übernahme solcher Formen ihre Aufgabe nur unzureichend erfüllen kann. Dazu gehört zum Beispiel eine Verwaltungsgerichtsbarkeit, die den Individualrechtsschutz gewährleistet und die Rechtmäßigkeit kirchlicher Amtshandlungen kontrolliert, ferner Transparenz und Öffentlichkeit der die Gesamtheit betreffenden Entscheidungsvorgänge, Beteiligung von Repräsentanten der Allgemeinheit bei der Entscheidungsfindung und bei der Bestellung der Amtsträger sowie das Prinzip der Gewaltenteilung.

Mit der Erfüllung dieser Forderungen sind freilich nicht alle Probleme gelöst. Sie sind Voraussetzungen, damit die Kirche ihre eigentliche Aufgabe, die Verkündigung des Wortes Gottes und die Feier des Gottesdienstes, heute überzeugend und glaubwürdig erfüllen kann. Wenn sie aber nicht mit Leben erfüllt werden, bleiben sie toter Buchstabe. Jede Lebens- und Gesellschaftsform, die Mitbestimmung und Mitsprache aller verwirklichen will, lebt vom Verhalten ihrer Glieder, von ihrer Bereitschaft, sich im Dienst der Allgemeinheit einzusetzen, das mühsame und zeitraubende Geschäft des Mithandelns und Mitverantwortens auf sich zu nehmen. Man kann Strukturen schaffen, die solches Verhalten ermöglichen. Die Gesinnung allerdings, die diese Strukturen trägt, läßt sich durch organisatorische Maßnahmen nicht erzeugen. Sie kommt und lebt aus anderen Quellen.

Der Geist der Zeit fordert Demokratie als Verfassungsform. Demokratie als verantwortete Lebenshaltung ist wenig gefragt. Der Großteil der Bürger betrachtet den Staat als Dienstleistungs- und Versorgungsunternehmen. In einem Wohlfahrtsstaat, der nur Ansprüche zu befriedigen hat, stirbt die Bereitschaft zur Mitverantwortung. Hier könnte und sollte die Kirche ein Beispiel geben. Denn der Glaube, aus dem sie lebt, erweist seine Kraft im Dienst am Menschen und an der Gemeinschaft.

Wolfgang Seibel SJ